

Die „Weltzeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus und durch die Post bezogen M. 22.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schriftstube bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Die neugegründete Kasparscheile über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2.75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

WELTZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rücktritt der preussischen Regierung

Ein unrühmliches Ende

Berlin, 1. November.

Der amtliche preussische Pressedienst meldet:

Das preussische Staatsministerium hat dem Präsidenten des Landtages seinen Rücktritt angezeigt. Das Staatsministerium ist zu diesem Entschluß gelangt, nachdem alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, durch Umbildung des Kabinetts eine neue Regierung zu schaffen, die sich auf möglichst weite Kreise des preussischen Volkes stützt, gescheitert sind. In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Forderungen, die die nächste Zukunft an die Staatsleitung stellen wird, und geleitet von dem Wunsche, stetige und gesicherte Regierungsverhältnisse in Preußen zu schaffen, will das Staatsministerium dem Landtag die völlige Bewegungsfreiheit zurückgeben.

Ministerpräsident Stegerwald erhielt heute Kenntnis von dem folgenden Beschlusse der Landtagsfraktion der Deutschdemokratischen Partei: „Nach der veränderten politischen Lage erscheint uns die jetzige Zweiparteien-Regierung nicht länger haltbar. Die bisherigen Versuche, zu einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu gelangen, müssen wir leider als gescheitert betrachten. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten unsere Minister aus der jetzigen Regierung zurück.“ Es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß maßgebend für die Entscheidung der preussischen Regierung gewesen ist.

Der Rücktritt der preussischen Regierung in diesem Augenblick kommt ein wenig überraschend. Er ist die unmittelbare Folge des Beschlusses der demokratischen Landtagsfraktion, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Sie wollen damit angeblich freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung schaffen. Gleichzeitig konstatieren sie, daß auch in Preußen der Versuch der breiten Koalition bisher gescheitert sei. Sowohl die Begründung als die Konstatierung macht sich das Ministerium Stegerwald zu eigen. Es ist das Eingeständnis des Scheiterns seiner „großen politischen Idee“.

Klar ist jedenfalls, daß das Ministerium Stegerwald nach den letzten Vorgängen im Reiche nicht recht lebensfähig war. Denn dieses Ministerium, das gegen die Rechtssozialisten zustande gekommen war, und dessen Ministerpräsident ohne die Deutsche Volkspartei nicht regieren wollte, war ganz auf die Unterstützung der Rechtsparteien angewiesen und Herr Stegerwald bemühte sich, sie zu verdienen. Das brachte seine ganze Politik in einen Gegensatz zur Reichsregierung. Wiederholt hat Herr Stegerwald in entscheidenden Momenten diesen Gegensatz zum Ausdruck gebracht — wir erinnern nur an den Konflikt mit Bayern — und damit die Stellung Wirths erschwert; immer wieder hat er versucht, auch in Reichsangelegenheiten seine Politik durchzusetzen. Sowohl im Reichsrat als auch innerhalb der Zentrumspartei sind diese Widerstände gegen die Reichspolitik fühlbar geworden.

Solange im Reich noch mit dem Gedanken der breiten Koalition gespielt wurde, war die Stellung Stegerwalds aber nicht zu erschüttern, zumal der Götlicher Beschluß zunächst einen Erfolg seiner politischen Tendenzen bedeutete. Erst nachdem die Rechtsparteien im Verlauf der letzten Krise sich noch enger zusammengefunden und die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen eine geschlossene Phalanx gegen die neue Regierung Wirth gebildet hatte, wurde auch die Politik Stegerwalds, seine Rechtsregierung solange unverändert aufrecht zu erhalten, bis die Rechtssozialisten in Preußen vor der Stinnespartei kapituliert hätten, unhaltbar. Denn soviel auch das Zentrum an taktischen Finessen zu leisten imstande ist, so hätte in der gegenwärtigen Situation das Festhalten an dem ausgesprochenen Rechtskurs in Preußen die Regierung Wirth immer wieder aufs neue erschüttert. Das verstand zuletzt auch Herr Stegerwald und so suchte er in den letzten Tagen eine Regierung aus Demokraten, Zentrum und Rechtssozialisten zu bilden. Herr Dominicus machte Schwierigkeiten, er wollte nur umgarn das Ministerium des Innern und unter keinen Umständen das Ministerium überhaupt verlassen. Der Versuch ihn ins Unterrichtsministerium zu verschieben, scheiterte an dem Widerspruch des Zentrums. Die Demokraten scheinen dann die Geduld verloren zu haben und machten durch die Abberufung ihrer Minister aus der latenten Krise eine offene.

Der Rücktritt des Ministeriums Stegerwald-Dominicus wird in den Kreisen der gesamten Arbeiterschaft und darüber hinaus bei allen wirklich demokratisch und republi-

kanisch Gesinnten lebhafteste Genugtuung hervorrufen. Waren schon unter der früheren Regierung die notwendigen Reformen, insbesondere die Demokratisierung und Republikanisierung der inneren Verwaltung, nur in sehr geringem Maße vorwärts gekommen, so wurde mit Dominicus die Herrschaft der alten reaktionären Bürokratie wieder unumschränkt. Die preussische Verwaltung wurde wieder eine Domäne der Konservativen, Kommunisten wurden prinzipiell von Verwaltungsämtern ausgeschlossen, Sozialisten in der Praxis und sogar demokratische Landräte wurden von ihrem demokratischen Parteiminister aberzuzen, wenn sie den Reaktionen unbequem wurden. In der Schupo wuchs der reaktionäre Einfluß des Offizierkorps, wurde die Militarisation begünstigt, während die Erziehung zur republikanischen Gesinnung vollständig vernachlässigt wurde. Die Enthüllungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben zudem ergeben, welche entsetzlichen Zustände zum Teil in manchen Abteilungen der Schupo sich entwickeln konnten.

Im übrigen war das Ministerium Stegerwald ganz unfruchtbar. Herr Stegerwald hielt schöne Reden, erwies sich aber als völlig außerstande, die Regierungsgeschäfte mit der nötigen Energie zu betreiben. Seine Haupt Sorge war die Verbreiterung der Koalition, während die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten nicht vorwärts kamen. Der Landtag hat noch nicht einmal den vorjährigen Etat erledigen können. Die dringend notwendigen Gesetzesentwürfe über die Selbstverwaltung liegen noch nicht vor. Was über ihren Inhalt verlautet, läßt jeden ersten Reformwillen vermissen. So läßt das Ministerium Stegerwald seinem Nachfolger eine sehr wenig erfreuliche Erbschaft zurück, da nicht einmal die notwendigen Steuergesetze rechtzeitig zur Beratung gestellt worden sind.

Die Bildung der neuen Regierung wird nicht ganz leicht sein. Den Demokraten ist wohl zuzutrauen, daß sie mit der Herbeiführung des Rücktritts in einem Moment, wo noch die oben erwähnten Verhandlungen schwebten, die Absicht verbinden, die Rechtssozialisten doch noch zu einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu zwingen, um nur die Krise zu beenden. Sie können sich dabei auf Herrn Severing berufen, der am Sonntag in Breslau, allerdings unter teilweiseem Widerspruch der Versammlung, sich für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in Preußen ausgesprochen hat. Severing ist also noch immer nicht von der Illusion geheilt, daß ihm die Deutsche Volkspartei erlauben würde, die Verwaltung im republikanischen Sinne umzustellen, wenn sie mit in der Regierung wäre. Und das, obwohl der enge Bund mit den Deutschnationalen in Preußen ebenso besteht wie im Reiche.

Severing ist schon von seinen Parteigenossen in der Versammlung selbst entgegengehalten worden, daß ein Rück der Partei nach rechts in Preußen die parlamentarische Grundlage der Regierung Wirth im Reiche, die auf die Mitarbeit der Unabhängigen angewiesen ist, erschüttern müßte. Wir möchten hinzufügen, daß in Preußen eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei entweder völlig ergebnislos für die Befestigung der Republik bleiben oder in kurzer Zeit an ihren inneren Gegensätzen scheitern müßte. Denn der Kampf um die Verwaltung ist ein Kampf um wichtige und entscheidende Machtpositionen, der vor allem gegen die Anhänger der Deutschnationalen und ihrer völksparteilichen Bundesgenossen durchgeföhrt werden muß. Kann man da wirklich glauben, diesen Kampf im Bunde mit dem Feinde durchföhren zu können? Und das noch dazu in einem Momente, wo die Deutsche Volkspartei sich durch ihr Verhalten im Reich als grundreaktionär enthüllt hat! Severing hat eine törichte Rede und er hat sie im denkbar ungeeignetsten Augenblick gehalten. Denn wenn die Rechtssozialisten in Preußen von der Stinnes-Partei essen, dann werden sie sehr bald im Reiche daran sterben.

In Wirklichkeit kann es bei den obwaltenden Verhältnissen in Preußen nur das eine oder das andere geben: entweder eine Regierung, die ein energisches und konsequentes Reformprogramm aufstellt, das die Arbeiterklasse unterstützen kann oder aber Eröffnung des schärfsten Kampfes der gesamten Arbeiterschaft in Preußen gegen die Fortsetzung des reaktionären Kurses, den die Regierung Stegerwald bisher gesteuert hat.

Der französische Sozialistenkongreß

CC. Paris, 1. November.

Der französische Sozialistenkongreß setzte heute seine Besprechungen über die innere Politik der Partei fort. Der Delegierte für Elsass-Lothringen, Georg Weill, der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete, trat für die Schaffung eines Blocks der Linken ein. Renaudel äußerte sich im gleichen Sinne. Er formulierte eine Tagesordnung, auf deren Grundlage die republikanischen Demokraten zu einem Einvernehmen gelangen können und das als Schlagwort für den nächsten Parteitag dienen könnte.

Mannesmann und die anderen

Eine Reihe der deutschen Montanriesen haben in den lehtwegangenen Wochen ihre Abschlüsse für das Rechnungsjahr 1920/21 veröffentlicht. Es ist selbstverständlich, daß die Schwerindustriellen mit dem Gang der Geschäfte noch immer nicht zufrieden sind. Ihr Profit mag noch so groß sein, sie wollen ihn immer noch größer haben. Wenn man freilich die Bilanzen auch nur oberflächlich liest, so findet man sofort, daß das Großkapital nicht den geringsten Anlaß zur Beschwerde hat. So verteilen die Rheinischen Stahlwerke 20, die Lothringer Hütte 16, Hoesch 20, Hoesch 24 und Höhnix 25 Prozent Dividende. Sie alle werden übertrumpft von den Mannesmann-Werken, die 30 Prozent Dividende verteilen können. In diesen Ziffern drückt sich aber nur ein Teil des zur Verteilung gelangenden Gewinns der Unternehmungen aus; ein anderer und sehr erheblicher Teil der Ueberschüsse wird in Form von neuen Aktien ausgezahlt, die, wenn sie nicht gratis verabsolgt werden, so doch nur zu einem Bruchteil ihres augenblicklichen Börsenwerts zur Ausgabe gelangen. Schon bei der Veröffentlichung des Höhnixabschlusses haben wir gezeigt, auf welche Weise das Kapital seine Riesengewinne zu verdecken versucht, damit es vom Zugriff des Staates verschont werde. Noch interessanter aber ist die Bilanz von Mannesmann.

Die Mannesmann-Gesellschaft erfreute sich lange Zeit in den nationalen Kreisen Deutschlands einer besonderen Wertschätzung. Ihre Wege wäre es schon vor anderthalb Jahrzehnten beinahe zum Westkriege gekommen. Die Brüder Mannesmann hatten dem Sultan von Marokko große Summen „geliehen“ und dafür erhielten sie wertvolle Mineralkonzessionen. Nun waren zwar in der „deutschen“ Mannesmann-Gesellschaft auch französische, portugiesische und andere Kapitalisten vertreten. Das hinderte aber die deutschen Nationalisten nicht, die Mannesmannsache zu ihrer eigenen zu machen, als Frankreich sich einmischte und den um ein Trinkgeld von dem marokkanischen Sultan erworbenen Mannesmannrechten ihre Anerkennung versagte. Damit die nationale Komödie vollständig werde, besaß sich unter den Schutz Frankreichs die französische Union des Mines Marocaines, an denen außer der französischen Kanonenfabrik von Schneider in Creuzot die deutschen Firmen Krupp und die schwerindustriellen Unternehmungen Gelsenkirchen und Deutscher Kaiser beteiligt waren. Wilhelm unternahm seinen berühmten Pantheresprung, es kamen die Algeriasverhandlungen und die anderen Affären, die mit der Marokkofrage zusammenhängen. Zweimal torfelte die deutsche Regierung um schwerer industrieller Interessen willen damals schon dicht am Abgrunde des Weltkrieges vorüber.

Der Weltkrieg brach erst ein paar Jahre später aus. Sein Ergebnis für das deutsche Volk ist bekannt genug. Zwei Millionen Tote, andere Millionen Verstümmelte, das unendliche Elend der werttätigen Bevölkerung; das ist der Preis, der dafür bezahlt werden mußte. Das Kapital bezahlt nicht, sondern es nimmt. Und nun zeigt sich aufs neue, wie sich kapitalistischer Patriotismus lohnt. Die Mannesmann-Werke, wie so viele andere Großunternehmen des Westens, hatten auch in den an Frankreich abgetretenen Gebieten „Interessen“ oder Nebenwerke. Sie wurden reichlich abgefunden. So erhielten Mannesmann als Erlös für den abgetretenen Teil der Saarwerke den Betrag von 178 949 703 M., den die Gesellschaft vollständig als Rücklage für Neuanlagen verbucht. Damit werden die Reserven außerordentlich gestärkt, zugleich aber erhielt man steuerliche Vorteile, denn die Summe kommt ja nicht als Gewinn zur Ausschüttung, sie wird auch nirgends als Wertsteigerung des Unternehmens gekennzeichnet; man stellt sie vorläufig in den stillen Winkel, um sie bei günstiger Gelegenheit dem Produktionsförderer wieder zuzuföhren.

Mit dieser einmaligen Prellerei des Fiskus begnügt sich aber das Unternehmen nicht. Es hatte einen Rohgewinn von rund 221 Millionen Mark. Davon gehen als Unkosten 49 Millionen ab, für Rückstellungen werden noch einmal 50 Millionen und für „Rücklagen“ zum dritten Male 49 Millionen verbucht. Der Staat erhält an Steuern 34 Millionen und die Aktionäre 25 Millionen an Dividenden. Ein Teil der Rücklagen soll zwar zum Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen verwendet werden. Das geschieht aber keineswegs aus gemeinnütziger Absicht, sondern für werbende Zwecke des Unternehmens. Ein Teil des Gesamtgewinns ist schon vorher dadurch weggegeben worden, daß neue 15 Millionen Mark Vorzugsaktien zu einem lächerlich geringen Kurs ausgegeben wurden und auch auf diesen brauchten bisher nur 25 Prozent eingezahlt zu werden.

Liess man Bilanzen von dieser Art, so wird man begreifen, daß das Großkapital nichts von einer Beteiligung des Reichs an den Sachwerten wissen will. Damit würde man ja dem Staat Gelegenheit zu näherer Einsichtnahme in die Führung der Geschäfte geben und ihm das Recht zugestehen, bei der Verteilung der Gewinne auch ein Wort mitzureden. Eine Zeitlang gaben sich die kapitalistischen Kreise den Anschein, als ob sie aus wahrhaft vaterländischem Empfinden heraus dem Reiche dadurch hel-

fen wollten, daß sie auf Kosten ihres Kredits eine Goldmilliarde anleihe im Auslande aufnehmen. Nach den politischen Vorgängen der letzten Wochen erachten sie aber den Zeitpunkt für gekommen, an dem sie alle nationalen Hülsen abwerfen und der Welt ihr nacktes Profitinteresse zeigen können. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hugenberg versendet eine Zuschrift des Reichstages an die Reichstagskommission an seine Mitglieder, in der zuerst gefagt wird, daß die Kreditgewährung an das Reich überhaupt nicht durch Zwang, sondern nur durch Freiwilligkeit ermöglicht werden sollte. Nach der Annahme des Ultimatums, nach dem Verlust Oberschlesiens seien aber auch die Aussichten einer freiwilligen Kredithilfe außerordentlich zusammengeschumpft. Es werde Sache einer Mitgliederversammlung des Reichverbandes der Industriellen sein, zu der durchaus veränderten Sachlage Stellung zu nehmen. Hugenberg könne sich mit Rücksicht auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen über die Gründe, die zu einer Ablehnung führen sollten, nur in den hierdurch gezogenen Grenzen auslassen.

Als hauptsächlich Grund bezeichnet Herr Dr. Hugenberg die Furcht vor einer Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft. Das ist natürlich ein höchst jadencheiniger Grund. Denn bei dem heutigen Stande der deutschen Wirtschaft kann sich das ausländische Kapital nach Belieben an der deutschen Substanz beteiligen und das deutsche Kapital leistet bei dieser wirklichen Ueberfremdung jetzt schon hilfreichen und reichlichen Beistand. Gar nicht zu reden davon, daß ununterbrochen deutsche Werte ins Ausland verschoben werden, um dort vor dem Eingriff der deutschen Steuerbehörde gesichert zu sein; bürgerliche Handelspolitiker beziffern allein den Wert des deutschen Außenhandels, der nicht mehr in das Ursprungsland zurückkehrt, auf mindestens ein Drittel des Gesamtbetrages. Die Erfassung der Sachwerte hat den Zweck, das Reich an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen zu beteiligen, damit den Staatsausgaben wieder in Ordnung zu bringen und die Wiedergutmachung zu erfüllen. Selbst wenn das Reich zu einer Verpfändung oder auch zu einer Veräußerung von Sachwerten schreiten müßte, so würde das in einer Form geschehen können, die die Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft nicht schädigt.

Die kapitalistischen Kreise, als deren Wortführer dieser deutschnationale Abgeordnete jetzt auftritt, wissen das selbst ganz genau. Was sie bezwecken, ist ganz klar: sie schicken sich an, der Heranziehung des Reiches zu den Lasten des Staates den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen; sie wollen, daß die Lasten in der Hauptsache vom Arbeiter und Angestellten durch den Steuerabzug oder durch indirekte Abgaben aufgebracht werden; die kapitalistischen Kreise sollen nur im bescheidensten Umfange zur Lastendeckung herangezogen werden. Geht die deutsche Staatswirtschaft darüber in Trümmer, wird die Verelendung der werktätigen Bevölkerung auf solche Weise auf ein schier unerträgliches Maß gesteigert, so werden die deutschen Kapitalisten die Katastrophe mit ihrem Segen oder mit einem höhnischen Lachen begleiten. Allen voran aber werden die völksparteilichen und die deutschnationalen Prozentpatrioten jubeln: das Vaterland ist dahin, aber unser Geldbeutel ist gerettet!

Die Arbeiterklasse, und mit ihr alle Schichten der Bevölkerung, die nicht zu den kapitalistischen Kreisen gehören, haben ein ganz anderes Interesse. Sie wissen, daß jetzt der rücksichtslose und geschlossene Kampf gegen die Selbstsucht des Kapitals begonnen werden muß. Mannesmann und die anderen haben das deutsche Volk in den Abgrund des Krieges getrieben; sie dürfen jetzt nicht auch die Folgen des Krieges zu einem Triumph für ihre Sache machen!

Neue Note der Botschafterkonferenz

Warnung vor landesfremden Elementen

W. L. W. Berlin, 1. November.

Dem deutschen Botschafter in Paris wurde gestern folgende Note der Botschafterkonferenz übermittelt:

Die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landesfremder Personen nach Oberschlesien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht, und deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gefährdet werden wird, wenn keine von außen hereingetragene Aufregung die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzugehen.

Die Botschafterkonferenz glaubt, daß es die Pflicht Ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiete und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine tätige Ueberwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten. Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortlich betrachten, wenn Unruhen in Oberschlesien von Deuten, die aus dem deutschen Gebiete kommen, gefördert würden.

Im Namen der Botschafterkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen. Genehmigen Sie usw.

Ob eine Note gleichlautenden Inhalts auch der Warschauer Regierung übermittelt worden ist, ist hier nicht bekannt.

Der Streik um die Beute

DA. Katowitz, 1. November.

Die „Gazeta Robotnika“ schreibt unter der Ueberschrift „Gewinnlüchtige französische Kapitalisten“ u. a.: „In den französischen finanziellen Kreisen herrscht lebhaftes Interesse für die Entwicklung der ober-schlesischen Industrie in dem an Polen abzutretenden Gebiet. Es sind Verhandlungen darüber im Gange, daß in den Unternehmen, die an Polen fallen sollen, bedeutende französische Kapitalien angelegt werden. Die Nachrichten über die Gründung verschiedener englischer Konsortien zur Ausbeutung der Kohlenlager in Kambit und Pleß haben hier starke Beunruhigungen hervorgerufen. Die französischen Industriellen wünschen nicht, daß ihnen jemand in ihren Bemühungen zuvorkomme und tun energische Schritte, um sich die Beteiligung an der Ausbeutung der Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens zu sichern.“

Bestandsaufnahme der ober-schlesischen Werke und Gruben

DA. Katowitz, 1. November.

Eine ganze Anzahl Werke im ober-schlesischen Industriegebiet haben von dem Wirtschaftsstab der Interalliierten Kommission, an dessen Spitze der Franzose Denis steht, den Auftrag erhalten, der Interalliierten Kommission unverzüglich eine genaue Bestandsaufnahme der Werke und Gruben nach dem Stande vom 20. Oktober einzureichen. Alle Maschinen und Einrichtungen müssen genauestens aufgeführt sein. Diese Bestandsaufnahmen sollen als Unterlagen für die Uebergabe der Werke an Polen dienen.

England und Irland

Vertrauensvotum für Lloyd George

Im englischen Unterhause wurde von einigen ganz rechtsstehenden Unionisten gegen die Regierung ein Tadelsvotum eingebracht, weil sie in den Verhandlungen mit den Sinnseibern die Rechte und das Ansehen der Krone nicht genügend wahrgenommen und mit Verbrechern verhandelt habe.

In seiner Antwort auf die Vorwürfe erklärte Lloyd George, daß keine Uebereinkunft, die im Verlaufe der irischen Verhandlungen eingegangen werden sollte, ohne die Ermächtigung des Parlamentes in Kraft treten sollte. Das Unterhaus müsse entweder seinen Unterhändlern vertrauen oder sie durch andere ersetzen. Er und seine Kollegen wollten wissen, ob das Unterhaus wünsche, daß sie verließen, den Frieden herbeizuführen. Wenn das Unterhaus das nicht wolle, so gebe es einen Mann, der froh sein würde, zu seinem Souverän zu gehen und ihm zu sagen: Ich überreichte Ihnen hiermit mein Portefeuille. Lloyd George sagte, wenn die gesamten Fragen im Unterhaus erörtert würden, so würde dies das Ende der Konferenz bedeuten.

Henderson führte im Namen der Arbeiterpartei aus, daß die Regierung bei den gegenwärtigen Verhandlungen unterstücken werde, da die Arbeiterpartei sich gegen die Fortsetzung der alten Verfolgungspolitik ausspreche. Er fügt hinzu, daß seine Partei befohlen sei, die Verhandlungen möchten zu keinem endgültigen Ergebnis führen.

Asquith gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Regierung endlich eine Politik angenommen habe, für die die Opposition von Anfang an eingetreten sei. Seine Partei werde die Regierung dabei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Das Unterhaus hat das Tadelsvotum gegen Lloyd George mit 439 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Ernste Wendung in der irischen Frage

London, 1. November.

Die Abendblätter melden, die irischen Verhandlungen hätten eine ernste Wendung genommen. Ein Abbruch sei jedoch bisher nicht erfolgt. Heute vormittag wurde eine Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead sowie auf irischer Seite Griffith und Collins teilnahmen. Eine weitere Sitzung des Ausschusses werde wahrscheinlich heute abend stattfinden. Nach der Zusammenkunft am Vormittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten. In Regierungskreisen wurde erklärt, daß die englisch-irischen Verhandlungen während der letzten 24 Stunden ein äußerst ernstes Stadium erreicht hätten, daß wichtige Mitteilungen zwischen den Sinnseindelegierten in London und De Valera gewechselt worden wären und daß De Valera den irischen Bevollmächtigten in London sehr genaue Weisungen erteilt habe. Wie weiter gemeldet wird, würden bei einem Abbruch der Verhandlungen Neuwahlen vorgenommen werden. Lloyd George soll alle Hoffnung, am nächsten Freitag nach Washington reisen zu können, aufgegeben und beschlossen haben, das Land nicht zu verlassen, wenn die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Irland nicht behoben sei.

Die Aktion gegen Ungarn

Die Stellung Jugoslawiens

DA. Belgrad, 1. November.

Der Ministerpräsident-Stellvertreter Trifković eröffnete die Sitzung des jerbischen Parlaments mit einer Rede, in der er erklärte: Nach so vielen Kriegen und Friedensschlüssen hat das Volk erwartet, daß der Friede gesichert sein werde. Im Monat April jedoch kam Karl zurück nach Ungarn. Im Einvernehmen mit unseren Verbündeten haben wir den Verzicht Karls verhindert, durch dessen Entfernung aus Ungarn. Seine Anhänger haben jetzt das Experiment erneuert und zwar in viel größerem Ausmaße, denn Karl hat diesmal eine Regierung gebildet, an der die hervorragendsten Politiker und Parlamentsmitglieder teilgenommen haben. Im Einvernehmen mit der Tschechoslowakei waren wir gezwungen, Militärmassnahmen und eine diplomatische Aktion vorzunehmen. Rumänien ist beigetreten. Die Befürchtungen haben auch bei der Großen Entente Widerhall gefunden. Mit Prag wurde vereinbart, das Verbleiben Karls in Ungarn als casus belli (Kriegsgrund) zu betrachten. Rumänien hat denselben Standpunkt eingenommen, Italien hat erklärt, mit allen Kräften mitzuwirken. Polen hat ebenfalls seine Einwilligung gegeben. Das Resultat ist, daß Karl entfernt und der Großen Entente übergeben wird. Jedoch genügt das nicht; der Restaurationsversuch der Habsburger Dynastie bedroht den Frieden Europas. Die Ungarn betrachten Karl als den legitimen Souverän und haben bei diesem Experiment die einflussreichsten Politiker und die Parlamentsmehrheit Ungarns mitgewirkt. Wir und unsere Verbündeten können nicht fortwährend in Aufregung und unter Waffen leben, deshalb werden wir mit unseren Verbündeten gemeinsam Garantien erheischen. Wir werden die weitere Entwicklung abwarten und werden versuchen, auf friedlichem Wege eine Lösung zu finden, jedoch im Notfall sind wir bereit, auch die äußersten Mittel anzuwenden.

Auf dem Wege zu einem Kompromiß

U. Wien, 2. November.

Die Große Entente hat jetzt ihre Zustimmung gegeben, daß die Kleine Entente ein Auslieferungsrecht über die von ihr geforderte Abklärung Ungarns erhält. — Nach Meldungen aus Budapest soll die Ausrückung des englischen Donauemonitors, der den Erzherzog Karl nach Galatz bringt, heute abend erfolgen.

Die Königskandidatur Horthys

UK. Budapest, 31. Oktober.

Seit einigen Tagen werden in der Hauptstadt und auf dem Lande Flugzettel ohne Unterschrift verbreitet, die unter Hinweis auf die Verdienste des Reichsverweisers seine Proklamation zum König fordern. Die Flugzettel, die nicht zensurierter sind, erregen großes Aufsehen und werden allgemein besprochen. Es ist das erstemal, daß in der Öffentlichkeit in unverhüllter Weise für eine Königskandidatur Horthys Stimmung gemacht wird, während bisher sein Name nur in Verbindung mit der Kandidatenfrage des Erzherzogs Albrecht genannt wurde. Als Führer der Bewegung, die Horthy zum König machen will, wird der Abgeordnete Julius Gömbös genannt.

Das unmoralische Geschäft

Am den Wucher mit den Lebensmitteln, den die Landwirte treiben, zu verweisen, haben die Landbünde eine sogenannte Hilfsaktion für Minderbemittelte eingeleitet. Sie ist aber in Wirklichkeit keine Hilfsaktion für Minderbemittelte, sondern nur für deutschnationale Parteiangehörige. Die Verteilung der lächerlich geringen Mengen liegt in den Händen der Organisationen der Deutschnationalen Partei. Wahrscheinlich werden also ebenso wie nicht die Hausangehörigen des preussischen Ministeriums des Innern die billigen Kartoffeln erhalten haben, sondern die Geheime Räte, nicht die Minderbemittelten, sondern gutstufierte Kreise die geringen Mengen mit Beschlag belegen, die auf diesem Wege abgegeben werden.

Um welche lächerlich geringen Mengen es sich aber handelt, geht aus den eigenen Angaben der Landbünde hervor. So hat der

„Brandenburgische Landwirt“ z. B. seine Mitglieder gebeten, von jedem Morgen Kartoffeln einen Zentner für diese Hilfsaktion zur Verfügung zu stellen. Das ist etwa 1/100 der Ernte! Mit einer so geringen Menge kann man nur einige Duzend deutschnationale Parteimitglieder versorgen. Die Masse der notleidenden Bevölkerung hat von dieser Hilfsaktion nichts zu erwarten. Sie verzichtet auch auf sie, weil sie verbunden ist mit einer Gesinnungsnechtung und mit einem unerhörten Wucher, der tausendmal mehr Leid und Elend verbreitet, als es die „Hilfsaktion“ zu mildern vermöchte.

Die angeblichen Mörder Dato verhaftet

Ein Erfolg der Berliner Polizei

Offiziös wird gemeldet: Der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, zwei spanische Staatsangehörige zu verhaften, die des Mordes an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Eduardo Dato beschuldigt sind. Es handelt sich um Luis Nicolau Fort und um Lucia Joaquina Concepcion. Die Verhaftung erfolgte bereits am 29. Oktober, wurde aber von der Berliner Polizei bisher geheim gehalten, da man hoffte, noch weiteren an der Bluttat Beteiligten auf die Spur zu kommen. Die Verhafteten gehören spanischen Syndikalistkreisen an. Sie hielten sich nach der Mordtat in Barcelona, später in Paris auf. Von dort begaben sie sich nach Berlin, wo sie am 25. Oktober eintrafen.

Angeichts des ständigen Mißerfolges der deutschen Polizeibehörden bei der Suche nach den Mördern Erzbergers, Gareis und anderer linksstehender Politiker, kann man es verstehen, daß die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums es als einen großen Erfolg betrachtet, der angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato habhaft geworden zu sein. Die große Masse der Bevölkerung würde es freilich als einen größeren Erfolg betrachten, wenn es den Polizeibehörden gelingen würde, ihrer unmittelbaren Aufgabe: des Schutzes linksstehender Politiker vor den deutschnationalen Attentätern und Bombenbesser Herr zu werden, als das bisher der Fall war.

Sollte es sich tatsächlich bewahrheiten, daß die verhafteten Spanier an dem Attentat gegen Dato beteiligt waren, so wäre es auch dann fraglich, ob sie an Spanien ausgeliefert werden dürfen, da es sich bei dem Attentat um ein politisches Delikt handelte.

Das Attentat gegen Dato

Von einem spanischen Genossen wird uns geschrieben:

Als vor einigen Monaten das Attentat gegen den spanischen Ministerpräsidenten bekannt wurde, fanden sich einige Berliner Blätter, die für Dato Partei ergriffen, indem sie ihn als einen sozialen Reformator hinstellten, der einzig darum besorgt gewesen sei, Reformen zugunsten der Arbeiter durchzuführen. Nichts entspricht der Wirklichkeit weniger als diese Darstellung. Der Nimbus des sozialen Reformators, dessen sich Herr Dato erfreute, geht auf einige Gesetze über Betriebsunfälle zurück, an deren Durchführung Dato gegen Ende des vorigen Jahrhunderts mitgewirkt hatte. Seitdem wurde die Politik des Ministerpräsidenten von Jahr zu Jahr reaktionärer, und bald wurde Dato der Hauptvertreter einer Politik der Unterdrückung und Verfolgung, die sich gegen die syndikalistischen Organisationen richtete.

Die Verfolgung der Arbeiterorganisationen durch die Regierung Datos hatte in Europa kaum Vergleichenes und erinnerte fast an die schlimmsten Zeiten der Zarenherrschaft. Die Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst, die Führer verhaftet, viele von ihnen von Polizeigewalt auf der Straße niedergeschossen. Viele Politik Datos rief nicht nur die Opposition der Arbeiterparteien, sondern auch die Gegnerschaft aller liberalen Elemente Spaniens nach. Während der letzten Periode der Regierung Datos griff die bürgerliche Presse den Ministerpräsidenten mit einer bisher nie dagewesenen Schärfe an. So erklärt es sich, daß in Spanien nach dem Attentat, trotz der Zurückhaltung des Mordes, eine Bewegung zugunsten der Attentäter einschlug. Man empfand die Beseitigung des allgemein verhassten Ministers als eine Erlösung. So erklärt es sich wohl auch, daß es der spanischen Polizei nicht gelang, der Attentäter habhaft zu werden.

Die Schließung der Deutschen Werke

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In einer Betriebsversammlung des Werkes Wolfgang bei Hanau wurde von der Direktion und dem Betriebsrat über die von der Interalliierten Militärkommission für den 30. November geforderte Stilllegung der Deutschen Werke Bericht erstattet. Die Betriebsversammlung erklärte, daß sie der Forderung auf Stilllegung der Maschinen und Gebäude nicht nachkommen würde. Nur durch bewaffnete Gewalt könne die Arbeiterhaft aus den Werken getrieben werden. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, die dem Hauptvorstand der Deutschen Werke übermittelt werden soll, und in der die Hauptleitung der Deutschen Werke als die Vertretung des Betriebes und der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Vertreter der gesamten deutschen Arbeiterhaft aufgefordert werden, alles zu tun, damit die Werke, die Zehntausenden von deutschen Arbeitern Verdienstmöglichkeit gewähren, nicht der Schließung anheimfallen. Wenn nötig, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt zu appellieren.

Kleine Nachrichten

Bolschewistenhaß in Königsberg. Wie aus Königsberg gemeldet wird, hatte die politische Abteilung des Polizeipräsidiums Kenntnis davon erhalten, daß eine Anzahl litauischer Bolschewisten nach Königsberg kommen würde, um hier Vorträge abzuhalten. Am Sonntag abend wurden zehn Männer, alles Litauer, festgenommen, außerdem soll ein großer Stok wichtigen Materials beschlagnahmt worden sein. Die zehn Verhafteten wurden in das Polizeigefängnis gebracht. Die Polizei arbeitet vorzüglich. Sie weiß jeden ausländischen Kommunisten zu fassen, die russischen monarchistischen Verschwörer läßt sie ungehört und noch viel weniger gelingt es ihr, die vielen deutschnationalen Mörder zu verhaften.

Deutsche Schiffsahlinien nach Ostasien. Der Norddeutsche Lloyd kündigt die Wiederaufnahme des Schiffsahdienstes mit eigenen Schiffen nach Ostasien an. Der Dienst geht von Hamburg und Bremen über Rotterdam nach Singapur, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama. Künftig bietet sich hervorragende Verschiffungsgelegenheit von Bremen nach ostasiatischen Häfen.

Schwere Stürme in der Nordsee. Der gesamte ausgehende Schiffsverkehr stößt wieder wegen schwerer Südweststürme. Der auf der Reede von Altdenburch liegende dänische Dampfer „Danica“ wurde von einem ausgehenden englischen Dampfer angerannt und erheblich beschädigt. Man befürchtet weitere Schiffsunfälle.

Plattypus in Polen. Die Typhusepidemie in Kongresspolen und Galizien nimmt einen immer größeren Umfang an. Bisher sind bereits über 120 000 Krankheitsfälle festgestellt. Die Bekämpfung der Epidemie wird durch den Mangel an Medikamenten sehr erschwert. Deutschland, das vielleicht bis zu einem gewissen Grade helfen könnte, hat immer noch die Ausfuhr von Medikamenten verboten und diese unmenschliche Maßregel muß als eine schreckliche Dummheit erscheinen, wenn man bedenkt, wie leicht sich die Epidemie eines Nachbarlandes auf deutsches Gebiet fortzupflanzen kann.

Theater und Vergnügungen

Volkshaus
Maffe Meinhart
7 1/2 Uhr: Maffe Meinhart

Kleines Volkstheater
Maffe Meinhart
7 1/2 Uhr: Maffe Meinhart

Staatstheater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Turandot
7 1/2 Uhr: Die Räder

Kammerspiele
Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Räder

Römische Oper
Die große Ausstattung-Operetten-Revue
Der Herr der Welt
7 1/2, alleabends 7 1/2
Casino-Theater
Erzellenz Moxe
7 1/2, alleabends 7 1/2
Theater des Offens
Fidèle Brüder

Apollotheater
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Wpl. 10077
Tel.: 7 1/2, alleabends 7 1/2
Eitz-Sänger
Liedungen-Nonzet
Dokl. 11-12, 1. u. 4-6

Komödienhaus
Die Fahrt ins Blaue
Täglich 7.30 Uhr
Erika Bläuer, Richard Engl, Frickl, Stieda, Dernburg

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr
Prinzessin Olala
Tel.: 7.30 Uhr
Felix Maffern a. W., Ralph Arthur Roberts, Papi Zampa, Herb. Kiper

Waltner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Theater am Rollendorflay
Die Ehe im Kreise

TRIANON-THEATER
Täglich 8 Uhr
Herrn Freund Teddy
Sonntag 4 u. 7 Uhr
Kleine Preise
Der Dieb

RESIDENZ-THEATER
Der König in Paris
Sonntag 4 u. 7 Uhr
Kleine Preise
Codrus Hundrecht

KLEINER THEATER
1/2 Uhr: Carola Zaehle in
fri. Jette - seine Frau
Sonntag 4 u. 7 Uhr: Kleine Preise
Casanovas Sohn

Waldhof-Theater
Die Gloden von Cornuville

Wien-Berlin
14 Varietè-Sensationen
Beginn 7 1/2 Uhr
Kais. Hoftheater

Circus Busch

Freitbar
Sieger!
Eigentümlich Freitbar
wurde seiner außer
ordentlichen Befolge
halber bis 15. Novbr.
verlangt!
Außerdem neue
November-Geschlossen

Münzen
Sammlungen
Kauf- u. Verkauf
Wahlgel. 46/47

Münzen
Handlung

Glühlampen
Halbwattlampen und siml.
Elektro-Instal.-Material
kauft

Schröder, Bernauer Str. 101
Lehrgeb. III.

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Quedilliver, Feldleder
kauten zu hohem Kurs

Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 93

Metalldankanstelle
Osten,
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Wälder, Kunstblätter,
Wandbroschüre mit und ohne
Wahnen kauft man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Weine Straße 811

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!
Des großen Andranges wegen
erbitte Besuch möglichst vormittags

3 billige 3 Tage!! 3

Sealplüschmäntel	2875
Seidenplüschmäntel	1175
Pelzmäntel	5200
Mohärplüschmäntel	810
Ulster	215
Astrachanmäntel	368
Kostüme	279
Mantelkleider	381
Impr. Mäntel	185
Tuchmäntel	417
Gummimäntel	338
Stoffröcke	66
Herrengummimäntel	495

WESTMANN

1. Geschäft: Berlin W8 2. Geschäft: Berlin N0
Mohrenstrasse 37a Gr. Frankfurter Str. 115

kein Tierfell

Cobu

Ein reines Tropenerzeugnis
Locos Pflanzen Butter
MARGARINE

**Bergisch-Märkische Margarine Werke
F.A. J. Ssestedt A.G.**
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÜRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 - Fernspr.: Steinkl. 4848 u. 12144

Am 29. Oktober 1921 verschied plötzlich und unerwartet im rüstigen Alter von 58 Jahren infolge Herzschlages mein langjähriger Mitarbeiter, der Tabakmeister

Hillel Fürstenberg

Sein unermüdlicher Fleiß und seine seltene Pflichttreue sowie sein bescheidenes stets hilfsbereites Wesen haben ihm im Herzen derer, die ihn kannten, ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Alexander Friedmann
Inhaber der Zigarettenfabrik Otto Kressin, Berlin.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl billiger Preise.
1. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
11. Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlhandlung (ol.)
Kant. Zentrum 7800
Sonntags geschlossen.

Bei Teilzahlung.
Herren-Anzüge, Cotonette,
Fraglan, Mäntel, Schiller,
Mohrenstr., moderne Sachen,
beson. deutsche Waren-
zahlung. Voller Gutschein,
Kollendorfer, 22 u. 11. Etage,
nahe Rollendorflay. Ge-
öffnet 9-7.

Glückwünsche.
Das
Hinterleben, Broschüren
über gebunden kauft Buch-
handlung „Freiheit“, Berlin
G2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mit-
glieder verstorben sind:
Der Herr
Valentin Harleib
am 28. Oktober 1921.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. No-
vember 1921, nachm. 3 Uhr, an der Leichenhalle
des Sünderer Kirchhofes in Sünder, Marienhöhe,
aus statt.
Der Beizer
Georg Hill
Jehndorf, Wiesenstraße 64, am 29. Oktober 1921.
Die Einäschung findet am Donnerstag, den
2. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im Krematorium
Geichstraße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Regere Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 51, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714

Achtung! **Achtung!**
Elektromonteur und Helfer
Donnerstag, den 2. November 1921, abends
7 Uhr, im Lokal von Weinholt, Wiesenstr. 3

Gemeinsame Konferenz
aller Betriebs- und Arbeiterräte,
Betriebsobleute und Vertrauensleute
für die Betriebe, welche dem Verband deutscher Elektro-
Instalationsfirmen, Bezirksverein Berlin-Brandenburg,
der Elektro-Arbeitsgemeinschaft Neubrück oder seiner Unter-
nehmerorganisation angehören.

Tagesordnung:
1. Bericht über den Tarifabschluss für die Elektro-
Instalationsfirmen vor dem Schlichtungsausschuß
Groß-Berlin am 26. Oktober 1921.
2. Unsere weiteren Aufgaben für die restliche Durch-
führung des Tarifs.

Die dieser Tarif mit der auf den 1. November 1921
folgenden Lohnhöhe in Kraft tritt, muß jeder Betrieb
bestimmte einen Vertreter entsenden. Betriebe ohne Ver-
trauensleute müssen sofort zur Wahl schreiben.

— Mitgliedsbuch u. Ausweis legitimieren —

Am Donnerstag, den 2. November 1921,
abends 7 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17

Vollversammlung
aller Groß-Berliner Innungsführer.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt
gegeben.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —

Zigaretten-Industrieverband
Am Donnerstag, den 2. November, nachm. 4 1/2
Uhr, bei Schrader, Alte Schönhauser Str. 20-21

Sitzung

für Kartellvorstand und Industrieverbands-
Delegierten.

Am Freitag, den 4. November, nachm. 4 1/2 Uhr,
abends 7 Uhr, in demselben Lokal

Berksammlung
für sämtliche Funktionäre der Industrie.
Die Kartellverbände.
Die Branchenkommission der Zigaretten-
Industrieverband tagt nicht am Donnerstag,
den 3. November, sondern Montag, den
7. November bei Schrader. Die Ver-
trauensleute treffen sich um 7 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Zum 9. November
5 Lieder für Massengefang
50 Pfennig
Organisationen und Sängers desher Kollet
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G2, Breite Straße 8-9

Per sofort gesucht:

Verkäufer

für
Manufakturwaren
Möbelstoffe
Teppiche

Meldungen in der Zeit
von 11-12 Uhr vormittags
und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus der Westens
G. m. b. H.
Berlin W50, Tauentzienstr. 21-24

Tüchtige Verkäufer
für
Möbelstoffe und
Gardinen
sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Str. 113

Botenfrauen sofort gesucht

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Berninstr. — Heißburger Str. — Wlbingcr Str.

Expedition Wengels
D., Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße — Rigauer Straße

Expedition Wngki
Choriner Straße 68
Tour: Heideberger Str. — Anklamer Str. — Brunnenstr.

Expedition Greulich
Marienfelde, Kirchstr. 27

Expedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32

Expedition Reifewitz
Pichtenberg, Tasdorferstr. 25
Tour: Köderstraße.

Zahlung 7.—/10. November
Geld-Lotterie
zur Wiederverteilung der
Marienburg
300 000 Lose, 12 167 Gew. —
500 000
Hauptgewinne Mark:
100 000
75 000
50 000
25 000
Lose zu 5 Mark
Porto u. Liste 1.40 H. extra
Lud. Müller & Co.
Berlin G19
Jerusalemstraße 18
Lose überall erhältlich

Metalle
Kupfer, Messing, Zink,
Zinn und
Vergewinnung. Quert-
silber Tagespreise
Zuckermann,
Eiffeltor Str. 9, vorn u. Tr.
Norden 441.

Kleide Dich billig, elegant! Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,
im Leihhaus Moritzplatz 58 a. teils auf Seide, jetzt für 400-500 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm
billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelkühse 400, Blau-, Silberfische, Skunks, Wölfe,
Luchse. Sportpelze 300, Gelpelze 1500, Pelzmäntel 2000. Keine Lombardwaren.

nach weitere Opfer in der Havel treiben. Der Reichswasser- schiff hat deshalb eine noch schärfere Beobachtung der Wasser- fläche angeordnet.

Die Hebungsarbeiten sollen am heutigen Mittwoch früh beginnen. Man rechnet damit, daß sie etwa zwei Tage in An- spruch nehmen werden.

Die Untersuchung der Schuldfrage

Entgegen der bisherigen Annahme, die durch zahlreiche Zeugen- ausagen gestützt war, soll es jetzt feststehen, daß der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ vorwiegend mit Zug- und Positionslaternen beleuchtet war. Weiter hat die Untersuchung ergeben, daß der Kapitän Nischelmann nicht im Besitz eines Führerscheins war, doch steht nicht fest, ob er betrunken war. Der Steueremann Goldmann war infolge überreichlichen Alkohol- genusses unfähig zur Erfüllung seiner beruflichen Pflichten. Weiter steht fest, daß das Schiffspersonal dieses Dampfers im Augenblick der Katastrophe vollständig den Kopf verloren hatte und keinen Finger rührte, um den mit den Wellen Ringenden Rettung zu bringen. Die Untersuchung hat festgestellt, daß es nur der aufopfernden Tätigkeit zweier Passagiere der „Storlow“ zu danken ist, daß noch eine ver- hältnismäßig große Zahl von Passagieren gerettet werden konnte.

Man geht nicht zu weit, wenn man auf Grund des vorstehenden Untersuchungsergebnisses die bei der Stern dampferge- sellschaft herrschenden Verhältnisse als geradezu haarsträu- bende bezeichnet. In unerschütterlicher Radschheit zeigt sich hier wieder einmal der Segen des Privatbetriebes. Dieser Segen hat am vergangenen Sonntag 17 Todesopfer gefordert. Der Ka- pitän ohne Führerschein wäre in einem ver- staatllichten oder kommunalisierten Be- triebe ein Ding der Unmöglichkeit. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob er vielleicht billiger gearbeitet hat als eine geprüfte Kraft oder welche Gründe sonst dafür maßgebend waren, daß man ihn mit der Führung eines Personendampfers betraute. Die Stern- dampfergesellschaft hat aber auf alle Fälle eine schwere Blutschuld auf sich geladen, von der sie nichts freispricht. Der ungeprüfte Kapitän — der desöfters Steueremann — die kopflose Mannschaft — wahr- haftig, die „Ueberlegenheit“ des Privatbetriebes kann nicht besser illustriert werden! Wir sind gespannt darauf, wie das Gericht diese Dinge beurteilen wird. Daß nicht nur der Kapitän und Steueremann auf die Anklagebank gehören, steht fest. Neben ihnen müssen selbstverständlich die Leiter der Stern- gesellschaft Platz nehmen, wenn es mit rechten Dingen zugeht.

Reichsbanknoten zu 500 Mark

Die Reichsbank geht mit der Absicht um, Reichsbank- noten zum Werte von 500 Mark auszugeben. Wegen der vollständigen Verschiebung der Wertverhältnisse werden allgemein Banknoten, deren Werte zwischen 100 Mark und 1000 Mark liegen, sehr vermehrt. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes hat sich deshalb an das Reichsbankdirektorium gewandt, worauf jetzt erklärt wird, daß die Ausgabe einer fünf- hundertmarknote beschlossen ist, und die entsprechenden Vorbereitungen bereits in Angriff genommen worden sind.

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 2. November, beginnt folgender Kursus: Lippmann: Psychologische Er- ziehungsfragen, Mittenwälder Straße 44/37, 8 Uhr abends. — Am Donnerstag, den 3. November, beginnt folgender Kursus: Lipp- mann: Psychologische Erziehungsfragen, Friedenau, Gymnasium am Mandlplatz, 8 Uhr. — Höflichkeit in den bekannten Ver- kehrsstellen und an den Lehrstätten.

Abgabe von Brennmaterial. Das Bezirksamt 14 (Neukölln) hat für den kommenden Winter wieder größere Mengen Brenn- holz eingekauft, welches auf dem städtischen Holzplatz in der Köllnischen-Allee (verlängerte Lohndstraße) und auf den Plätzen Briß, Chausseestraße und den Ortsteilen Sudow und Rudow zu folgenden Preisen zum Verkauf gelangt: Geschnittenes Holz, Kloben und Rollen gemischt, je Kubikmeter 132 M., ofenfertig 140 M. Bei Bestellungen frei Haus übernimmt das Bezirksamt die Vermittlung, wofür für den Raummeter 18 M. frei Keller berechnet werden. Holzbestellungen für Anfuhr werden im alten Rathaus, Zimmer 14, entgegengenommen. Verkaufszeit auf sämtlichen Plätzen täglich von 8-3 Uhr. Auf dem Grund- stück Köllnische-Allee 12-13, gegenüber Gottschall und Madaelis, bringt die Stadtgemeinde ferner vollwertigen Brennholz zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt in beliebiger Menge zum Preise von 15,50 M. je Zentner. Verkaufszeit täglich von 8-3 Uhr.

Gewerkschaftliches

Lohnregelung in der Metallindustrie

Gemäß Beschluß des Metallarbeiter- und der Funktionäre des Metallarbeiterverbandes wurde das Lohnabkommen III, Tariffätze a) männliche Arbeiter, b) weibliche Arbeiter, gekündigt. Bei den Verhandlungen, die die beiden Verhandlungskommissionen führten, wurden die Löhne wie folgt erhöht:

Die 1. Klasse erhält für November einen Stundenzuschlag von 1.20 M., die 2. bekommt 1.10 M. und die 3. bis 5. Klasse 1 M. Für Monat Dezember kommt auf alle Klassen ein Zuschlag von 0.40 M. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren der Klasse 1 bis 5 erhalten 20 Pf. weniger. Für die Affordarbeiter wird für den Monat November ein fester Stundenzuschlag gezahlt. Dieser feste Stundenzuschlag wird mit Rücksicht auf die Umrechnungs- Schwierigkeiten und den Zeitaufwand, den die Umrechnung der Afforde erfordert, gewährt. Der Zuschlag selbst wird gezahlt auf den Afford-Durchschnittsverdienst und zwar bei Affordverdiensten bis 10 M. der 1. 1.20 M., der 2. 1.10 M. und der 3. bis 5. Klasse 1 M. und über 10 M. in allen fünf Lohnklassen 0.75 M.

Die Affordbasis für Dezember beträgt in der 1. Klasse 7.65 M., in der 2. 7.35 M., in der 3. 7.05 M., in der 4. 6.65 M. und in der 5. 6.65 M. Für Arbeiter von 18 bis 21 Jahren bleibt der Zuschlag für Afford sowie die Affordbasis dieselbe. Die Sätze der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren sind wie folgt verteilt: Jugendliche im Alter von 14 bis 15 Jahren erhalten 2.20 M., vom 15. bis 16. Jahre 2.40 M., vom 16. bis 17. Jahre 3.40 M. und vom 17. bis 18. Lebensjahre werden den Jugendlichen 4 M. gewährt. Für Dezember kommt noch ein Zuschlag von 40 Pf. auf alle Klassen hinzu.

Der Lohn der weiblichen Arbeiter erhöht sich für November auf 4 bis 4.30 M. und für Dezember kommt ein weiterer Zuschlag von 30 Pf. hinzu. Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten im 14. bis 15. Jahre im November 2.20 M. und im Dezember 2.30 M., im 15. bis 16. Jahre 2.30 resp. 2.45 M., im 16. bis 17. Jahre 3 resp. 3.10 M., im 17. bis 18. Jahre 3.20 resp. 3.40 M.

Die Affordbasis der weiblichen Arbeiter beträgt in Gruppe 1 im November 4.65 M., im Dezember 4.95 M., in Gruppe 2 4.45 resp. 4.75 M. Die Ausgleichszulage ist auf 80 Pf. erhöht worden. In der am Mittwoch stattfindenden Vertrauens- männer-Konferenz wird den Kolleginnen und Kollegen die neue Lohnvereinbarung überreicht werden mit einer Umrechnungs- tabelle für die Affordarbeiter. Wir bitten unsere Kollegen, pünkt- lich und zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

U.S.P.D.-Eisenbahner!

Mitglieder des D. E. V.

Heute abend 7 Uhr in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, außerordentliche Besprechung. Erscheinen sämtlicher Genossen, besonders der Generalverwaltungs- delegierten, unbedingt erforderlich. Partei- und Verbandsausweis legitimiert.

U.S.P.D.-Verbandsausch.

Bevorstehender Kampf der Portiers

Die Geschäfts-, Industrie-, Wohnhausportiers, Heizer, Fahrstuhlführer, Wächter und Haus- reiniger führen seit April den Kampf um eine bessere Entlohnung. Nach monatelangen Verhandlungen wurden endlich Schiedssprüche gefällt, die zwar den Wünschen und Forde- rungen der Berufskollegen nicht Rechnung tragen, die aber, wenn auch unter Protest, in den beschließenden Versammlungen ange- nommen wurden. Beide in Frage kommenden Unternehmergrup- pen, der Bund Berliner Grundbesitzervereine sowie der Verband der Geschäfts- und Industrieausbehalter haben die Schiedssprüche abgelehnt und behaupten, aus Mangel an Mitteln die Forde- rungen nicht zahlen zu können. Die Mieter der großen In- dustriehäuser besonders, die gut verdienen und vorteilhafte Miet- verträge abschließen, weigern sich aber kategorisch, den Kollegen, die doch hauptsächlich für sie arbeiten, auch nur einen Pfennig zu zahlen. Von seiten der Organisation, dem Deutschen Portier- verband, wird alles versucht, den Kampf zu vermeiden und beantragt, die Schiedssprüche verbindlich zu erklären. In der Hand der Behörden liegt es, den Frieden zu erhalten. Sollten jedoch wider Erwarten die Schiedssprüche nicht verbindlich er- klärt werden, dann ist der Kampf unvermeidlich, und mehr als 25 000 Berufskollegen wären gezwungen, genau wie im vorigen Jahre, den Kampf mit aller Schärfe gegen die Haus- besitzer aufzunehmen.

Bauarbeiter. Die Steinhölzler und Helfer von Groß-Berlin befinden sich seit dem 1. 11. 1921 im Streik. Es ist strengstens darauf zu achten, daß auf keiner Baustelle Streikarbeit aus- geführt wird. Etwa vorkommende Fälle sind sofort der Streik- leitung zu unterbreiten.

Die Sektionsleitung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes. Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14-15, Zimmer 58. Tel.: Moritzplatz 4093, 8792.

Betriebsräte der Verwaltungsbezirke 1-6, die den Bezirks- ämtern unterstehen. Am Donnerstag, den 3. November, nach- mittags 5 Uhr, in der Aula des Margareten-Lyzeums, Pfand- straße, Kollektivsammlung der Bezirke 1-6. Tagesordnung: Aufbau der Bezirksbetriebsräte. Pünktliches und vollständiges Erscheinen dringend erforderlich.

Betriebsräte der Betriebe, welche der Ortskrankenkasse Neukölln- Briß angehören, haben in Betriebsversammlungen Stellung zur Auswahlgewahl zu nehmen und die Vorklageslisten bis zum 4. No- vember an den Obmann der Unterkommission, E. Lehmann, Ob- mann, Neukölln, Hermannstr. 63, v. 1 Tr., einzureichen.

Ausflugsmittglieder des Ortsrats des U.S.P.D.-Bundes! Mitt- woch, den 2. November, abends 7 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelsufer 24/25, Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission. Tagesordnung: Gastwirtsstreik. Er- scheinen aller Ausflugsmitglieder ist Pflicht.

Buchbinder! Die für heute nachmittag, 4 1/2 Uhr, angelegte Versammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, muß pünktlich beginnen, da um 7 Uhr der Saal geräumt werden muß. Wir bitten daher um pünktliches Er- scheinen.

Holzarbeiter. Bei der Urabstimmung der Holzarbeiter über Beitragserhöhung stimmten 8494 für und 3351 gegen eine Erhöhung. Drei Bezirke fehlen noch, die aber am Gesamtergebnis nichts ändern. Damit ist die Beitragserhöhung mit großer Mehr- heit angenommen.

Parteiveranstaltungen

Landtagskommissionen. Donnerstag, den 3. November, abends 7 Uhr, Sitzung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 83. Er- scheinen aller Delegierten unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Revolutionstheater im 20. Verwaltungsbezirk. Das Volks- bildungsamt veranstaltet am Abend des 3. November eine künstlerische Feier in Tegel (Humboldtstraße) und in Reinickendorf (Reinickendamm). Die Orte Reinickendorf, West, Borsigwalde, Mittenau, Hermannsdorf, Waldmannsdorf schließen sich an Tegel, der Ort Neuen- hagen an Reinickendorf an. Eintritt 3 M. Erwerblose haben freien Zutritt. Genossen, sorgt für zahlreiches Besondere der Veranstaltung!

Mittwoch, 2. November

5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei Dreize, Scheinestr. 18. 15. Bezirk. Abteilungsleiter. Heute unbedingt Eintritt zur „Revolutionstheater“ abholen von Gollas, Hermannstr. 29. Tegel. Abends 8 Uhr Funktionärsitzung bei Lehmann, Berliner Str. 84.

Donnerstag, 3. November

2. Verwaltungsbezirk, 4. Bezirk. Abends pünktl. 7 Uhr Bezirkskonferenz- sammlung, Schulstraße 16. Wahl des Vorstandes, Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag. 5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Bezirksleitung mit Abteilungsleitern und Delegierten bei Dreize. 15. Verwaltungsbezirk. Abends 7 1/2 Uhr Bezirkskonferenz in Riederstraße, Berliner Str. 20. Alle Funktionäre sowie die für die Landtagskommission bestimmten Genossen werden gebeten, zu erscheinen. 12. Bezirk. Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission. Abends pünktlich 7 Uhr bei Kämpel, Danteweg 60. 14. Bezirk. Abends 7 Uhr wichtige Bezirkskonferenz im „Waldparkhaus“ Jahnstr. 7. Kein Funktionär darf fehlen. 10. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungscommission bei Kroll, Solmsstr. 20. Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission nehmen daran teil. 8. Bezirk. Abends 7 Uhr Versammlung bei Kroll, Uckerstr. 21.

Bereinskalender

Mittwoch, 2. November

Arbeiter-Gesangs-Kalender. Der neue Gesangs-Kalender beginnt am Montag, den 7. November. — Teilnahme hat zu der heute abend 8 Uhr im Hotel „Waldparkhaus“ stattfindenden Kalendersammlung ausdrücklich eingeladen.

Donnerstag, 3. November

Betriebsräte der Verwaltungsbezirke 1-6, die den Bezirksämtern unterstehen. Nachm. 5 Uhr in der Aula des Margareten-Lyzeums, Pfandstraße, Kollektivsam- lung der Bezirke 1-6. Auf der Tagesordnung steht: Aufbau der Bezirks- betriebsräte. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird dringend ermahnt. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte und Vertrauensleute im Eisenbahnbereich. Wir bitten abwesende Funktionäre, die Rollen und Bureau- listen im Eisenbahnbereich darauf aufmerksam zu machen, daß abends 7 Uhr bei Müller, Stralauer Str. 33, eine Versammlung der Rollen- und Bureauisten aus dieser Branche stattfindet. Kleingewerbetreibende und Hinterbliebenenfürsorge. Parteigenossen, welche sich gewünscht der Hauptfürsorgestelle wie der Bezirksstellen 1 bis 6 sind, treffen sich um 7 Uhr bei Schwelb, Alte Lohndstr. 20-24 (auch Stadträte und Stadt- sekretariate). Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Veranstaltungen für Volkst- und Frauen: Les Liedersch, Berlin-Friedenau; für Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftliche: H. Radner, Berlin; für den Interessierten und gewerkschaftliche Mitteilungen: Ludwig Kaminer, Charlottenburg. — Parteigenossenchaft „Freiheit“, c. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Pfeil-Spar-Glühkörper

Man fordere ausdrücklich „Pfeil-Spar-Glühkörper“ und achte auf die Pfeil-Schutzmarke

25% Gas-Ersparnis

PELZWAREN

auf Teilzahlung
Pelzwarenfabrik Kallis
Tiele-Wardener-Straße 11
am Bahnhof Tiergarten

BAUGELD


ZAHLE
ICH
FÜR

„ALTE“

GRAMMOPHON-PLATTEN

Ankauf weit über Tagespreis
Auktionen guten Verdienst
Burgwald, O. L. Chromstr. 57

Geeben erschienen!



Infantum

Kindersiften
von Kleinmutter

Von Adolf Jensen u. Wilh. Camogus / Buchdruck v. Hugo Cittel
Salzleinen gebunden, der Titel in Dreifarbenbrud
12.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2
Breite Straße 6-9

Kreuz-Alaska-Silber-
Zobel-Roduchse
Hausenbillig
von 300 M. an

Skunks-Garn sehr
billig

Pelzfutter
für Damen und Herren
von 250 M. an

Felle f. Besatz
amer. Op. 65, austr. Op.
110, Seal El. 25, liberat-
fell, 45 M. an

Hemste-felle
für Sportpelze,
sehr prämiert.

Pelzwarenhaus
A. Klab & Co.
Rosenthaler Str. 40/41
am Scheidehen Markt

Gelegenheitskäufe.
Gute und billige Pelze
jeder Art findet man stets
in der Buchhandlung „Frei-
heit“, Breite Straße 6-9.

Spr.-Beh. Jshias
nur für
in Küst., Geßh. u. beim Da-
schw. Fälle in 15 Tagen be-
seit. u. Herüber unantw.lich.
Heilung, brüch. u. Nervenzer-
teillend. 108, Jacoby
von 9-3.

Bandwurm

mit Kopf verloren
nach 10. Stunden durch
Koch's Bandwurmmittel.
Mit seit 7 Jahren
an Bandwurm und heu-
tlich 8 Mittel erfolglos
gebraucht. Bereits Ten-
tende bereit! Mk. 10.-
für Kinder Mk. 7.50
(Altersgabe).

Otto Reichel, Berlin 46
20, Offenbacher, 4



Urbin

der gute
Schubputz

In aller Güte,
kannst Du mich kaufen,
Brauchst nur in den
nächsten Laden
zu laufen

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin-Terpentinölware,
die noch nie erreichte Qualität.